



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/273 - 1. Dezember 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 686 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Soziale Spannungen Das Barometer der Unzufriedenheit steigt	54
2	Gibt es eine Achse Paris - Madrid? Spanien drängt, Frankreich zögert	50
3 - 4	"Wir dachten, das war bekannt ..." Verschwörung der Ehemaligen? Interessante Einzelheiten zum "Fall Dr. Sawade"	63
5 - 8	Mensch und Betrieb Die Arbeiterfrage im Grundsatzprogramm der SPD Über dieses Thema sprach in einer von der Friedrich Ebert-Stiftung in Bergneustadt veranstalteten Arbeitswoche: "Mensch und Betrieb" vor Betriebsfunktionären Herbert W e k n e r, stellvertretender Vorsitzender der SPD. Wir bringen in dieser Ausgabe Auszüge aus seiner Rede.	219

* * *
* *

Soziale Spannungen

sp - Trotz - und vielleicht auch gerade wegen - der angespannten Konjunkturlage in unserer Wirtschaft droht der Bundesrepublik anscheinend eine Periode sozialer Spannungen. Die Unruhe im Bergbau ist nach den Demonstrationen der Bergarbeiter und nach den Versprechen der Regierung, die Lohnausfälle durch Feierschichten mit 75 Millionen DM zumindest teilweise auszugleichen, eben abgeebbt - wenn auch die Absatzlage des Bergbaus selbst sich nicht gebessert hat und die Halden sich noch immer türmen.

Die Preisbewegungen auf dem Nahrungsmittelsektor und die teilweise überhöhten Preise der gewerblichen Erzeugung, die der Kampf um die Preisbindung und das Auf und Ab der Preise bei Elektrogeräten so deutlich machten, haben neue Unruhe in die Bevölkerung getragen.

Die Gewerkschaften der Dienstleistungsbereiche, ÖTV, Post und Bahn, haben die Tarife gekündigt und die auslaufenden Tarife in der gewerblichen Erzeugung drohen gekündigt zu werden, so vor allem in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie und demnächst auch in der Metallindustrie.

Besonders diese letztere Drohung mag dazu geführt haben, daß man auf der Jahrestagung der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände scharfe Attacken gegen die Gewerkschaften ritt und die Tarif-Autonomie als gefährdet bezeichnete. Man hörte glücklicherweise auch vernünftiger Reden. Eine Auswirkung dieser Jahrestagung jedoch war sicherlich die Aufkündigung aller Verhandlungen durch den Gesamtverband der Metallindustriellen mit der Industriegewerkschaft Metall. Gesamtmetall glaubt anscheinend, den Rammbock der Arbeitgeberverbände gegen den "Sperrriegel" im DGB, gegen die IG Metall spielen zu müssen, der nach Ansicht der Arbeitgeber das Rückgrat der deutschen Gewerkschaften bildet. So stehen wir anscheinend vor harten Auseinandersetzungen im Wirtschaftsbereich und beim Abschluß neuer Tarife. Aber damit sind nicht alle sozialen Spannungsmomente umrissen.

Im Bundestag stehen wir vor der Auseinandersetzung um die Anpassung der Unfallrenten an die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Die Kriegsoffer drohen nach wie vor mit einem Demonstrationenzug nach Bonn, um ihre Kriegsofferrenten, vor allem die Erhöhung der Grundrenten, durchzusetzen. Ein besonders diffiziles Problem ist dann noch die Blank'sche Krankenkassen-Reform mit dem großen Streitpunkt der Selbstbeteiligung der Kranken an den Arztkosten, den Kosten der Krankenhausbehandlung und der Medikamente.

Die arbeitende Bevölkerung der Bundesrepublik spürt, daß die bundesdeutsche Wirtschaft und die ihr gefügige Politik, die Arbeitnehmer weiter wie bisher von den Erfolgen des Arbeitsfleißes und vom wachsenden Wirtschaftsergebnis ausschließen, ja sie sogar zusätzlich belasten will. Sie sieht aber gleichzeitig wie die gleiche Politik, mit dem Gesetz über steuerfreie Gratisaktien und dem Ausverkauf des Bundesvermögens, in dem Versuch, das "Umwandlungsgesetz" zu verlängern und damit besonders den Großunternehmen steuerliche Vergünstigungen zuzuschancen, die bisher schon gut verdienen, noch mehr begünstigen will. Das schafft den Unmut in der Bevölkerung, besonders bei den Arbeitnehmern.

Es fehlt letztlich nur der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt. Vielleicht könnte das der Abbruch der Beziehungen zwischen Gesamtmetall und der IG Metall, sowie die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, schon gewesen sein. Das Überspannen des Bogens der Macht, der sich anscheinend Unternehmer und Regierung in der Konjunktur so sicher fühlen, könnte zu sehr schmerzlichen Reaktionen führen.

Gibt es eine Achse Paris - Madrid?

ED. - Mehr denn je scheint sich die spanische Regierung um den Nachweis zu bemühen, daß Frankreichs Ministerpräsident Debré auf Anweisung des Staatspräsidenten de Gaulle eine Achse Paris - Madrid ins Leben zu rufen gedenkt. Wie sehr aber in diesem Falle der Wunsch der Vater des Gedankens ist, das beweist die offensichtliche Kühle, mit der an der Seine solche Ausdeutungen der offiziellen Spanienpolitik der Fünften Republik aufgenommen werden. Die Motive für die spanische Haltung liegen klar auf der Hand: Franco wünscht aus wirtschaftlichen und innenpolitischen Gründen eine gewisse Annäherung an das Europa der Sechs und der NATO. Und was könnte ihm hierbei dienlicher sein als ein deutliches "rapprochement" mit Frankreich und - in zweiter Linie - mit der Bundesrepublik. Aus diesem Grunde ist es kein Wunder, wenn Spanien nicht nur eine gemeinsame Interessenlage mit dem Nachbarn nördlich der Pyrenäen aufzuzeigen versucht, sondern gleichzeitig von einer "geistig-weltanschaulichen Verwandtschaft" der beiden Systeme spricht. Die verantwortlichen französischen Politiker jedoch sind weit davon entfernt, irgendwelche tiefgehenden Engagements eingehen zu wollen; darin unterscheiden sie sich sehr von ihren deutschen Kollegen, welche des festlichen Dokors und der feierlichen Bekundungen nicht genug tun könnten, als Spaniens Außenminister Castiella in Bonn und Berlin weilte.

Frankreich ist an Spanien interessiert - das steht außer Zweifel. Jedoch spielen hier mehr militärische Überlegungen als der Gedanke einer politischen Allianz mit. Der Krieg in Algerien und die Veränderungen des militärischen Gleichgewichts der französischen Armee in Nordafrika haben eine mögliche militärische Präsenz Spaniens in Nord- und Westafrika in den Bereich der Überlegungen gezogen. Hinzu kommt, daß Paris natürlich bestrebt ist, Spanien als eine Art Transitland für die Transporte auszuschalten, welche für den FLN bestimmt sind. Seit Beginn des Krieges ist Madrid ein regelmäßiger Treff sowie eine Umsteigestation der europäischen Regionalvertreter des FLN. Das Regime Franco, dem in den Jahren seiner außenpolitischen Isolierung sehr an der Herstellung herzlicher Kontakte zur arabischen Welt gelegen war, hat diese Dinge stillschweigend geduldet und möglicherweise gefördert. Gelänge es nun aber Frankreich, das Franco-Regime zu einem Druck gegen den FLN im Lande und zugleich gegen Marokko (dessen Beziehungen zu Madrid gespannt sind) zu bewegen, so wäre dies in jeder Hinsicht ein Erfolg für die französische Algerienpolitik. Natürlich wollen de Gaulle und Debré hierfür wenig zahlen, am allerwenigsten aber mit der Münze, die der Caudillo jetzt so liebt: internationale Anerkennung durch offizielle Stützung seines Systems durch einen mächtigen Staat.

Zieht man alle diese Dinge in Betracht, so erscheint die Herstellung eines besonders engen Kontaktes zwischen Paris und Madrid so ziemlich als das Letzte, was die französische Regierung zu tun gedenkt. Zwar muß vermerkt werden, daß in den letzten Monaten die offiziöse Stellung der verantwortlichen Stellen in Frankreich gegenüber den Gruppen der Exilspanier merklich kühler geworden ist; daraus jedoch den Schluß zu ziehen, Paris steuere auf eine Allianz mit Franco hin, ist wenig fundiert, so sehr man auch diesen Wandel gegenüber den Emigranten beklagen muß.

+ + +

"Wir dachten, das war bekannt..."

Interessante Einzelheiten zum "Fall Dr. Sawade"

mu - Kiel

Der I. Staatsanwalt in Schleswig, Gebühr, muß in diesen Tagen auf seine Mußestunden verzichten. Er hat von der Landesregierung einen überaus schwierigen Auftrag erhalten. Er soll feststellen, wer den seit 1947 steckbrieflich gesuchten SS-Standartenführer Professor Heyde, der fast zehn Jahre lang in Flensburg unter dem falschen Namen Dr. Sawade lebte, am 5. November kurz vor seiner Festnahme gewarnt hat. Er soll ferner feststellen, wer dafür verantwortlich ist, daß dieser Mann zehn Jahre lang als Obergutachter in Schleswig-Holstein tätig sein konnte, obgleich er der Beihilfe an 70 000 im Dritten Reich begangener Euthanasie-Morden beschuldigt wird.

Dabei konzentriert sich die Frage auf den Inhalt eines Briefes, den der heute in München tätige frühere Direktor der Kieler Nerven-Klinik, Professor Creutzfeld, 1955 an das Landessozialgericht in Schleswig richtete. In diesem Brief soll Creutzfeld geschrieben haben, daß sich hinter dem Namen Sawade Professor Heyde verbirgt. Wie jetzt bekannt wird, wertete man das als inoffiziellen Hinweis, weil eine offizielle Verfolgung der Angelegenheit die Frage aufgeworfen hätte, ob denn die mit Sawade gegengezeichneten Gutachten rechtsgültig gewesen wären.

Weiter sind die Ermittlungen des Staatsanwalts auf ein Schreiben gestoßen, das Professor Reinwein, der Leiter der Universitätsklinik für Innere Medizin, vor etwa einem Jahr an den Senat der Universität gerichtet haben soll. Darin soll im Zusammenhang mit persönlichen juristischen Angelegenheiten auch erwähnt worden sein, daß sich hinter Sawade Heyde verbirgt. Jetzt ist die Frage, ob das Schreiben seinen Weg vom Senat der Universität über die Ministerien für Kultur, Justiz und Inneres ließ, warum der Hinweis nicht nachgegangen wurde und wo es liegen blieb.

Ferner geht es darum, ob denn der frühere Amtschef im Innenministerium, Ministerialdirektor Dellbrück, nach einer Unterhaltung bei

Ministerpräsident von Hassel erfahren hat, und zwar von Reinwein, welcher steckbrieflich gesuchte Mann sich hinter dem Namen Sawade verbirgt. Hier müssen die Ermittlungen noch ergeben, ob das dann auch der Leiter des Landesgesundheitsamtes erfahren hat oder nicht. Jedenfalls gibt es eine Reihe von Hinweisen, welche in den inneren Dienstbereich der hohen Ministerialbürokratie vorstoßen; Ermittlungen, die für einen I. Staatsanwalt gewiß nicht leicht durchzuführen sind.

Daneben richtet sich das Interesse auf den Kreis der sogenannten "Gadeländer"; das sind jene früheren Nationalsozialisten, die nach 1945 durch die Engländer in Gadeland bei Neumünster interniert wurden und heute wie Pech und Schwefel zusammenhalten. Heyde und andere inzwischen gut vorangekommene Leute in Schleswig-Holstein gehörten dazu. Auch in Dänemark während der Besatzungszeit lernte sich mancher heute prominente Mann kennen, aber es kommt ja auf den Nachweis an, ob von Angehörigen dieses Kreises später entdeckt worden ist, daß Sawade Heyde aus Dänemark ist. Daneben hat beim I. Staatsanwalt Gebühr auch die Stammtischrunde in einer Flensburger Gastwirtschaft, wo Sawade verkehrte, Interesse gefunden.

Man sieht, das ganze handelt sich auch um einen Gesellschafterskandal unserer Tage. Es ließe sich mancher nennen, der wußte, daß Sawade Heyde war. Spricht man mit diesen Leuten, so sagen sie: "Wir dachten, das war behördlicherseits bekannt und wurde nicht beanstandet, weil er ja als Obergutachter tätig war". Andere, noch verantwortlichere Leute, meinen: "Wir wußten, daß Sawade nicht Sawade ist, aber schließlich kann man nicht allen derartigen Hinweisen nachgehen".

Eines aber steht fest: Seit 1947 ist die Fahndungsliste an jedem 1. eines Monats mit dem steckbrieflich gesuchten Professor Heyde versehen worden und zwar als sofort festzunehmender Mörder. Aber niemand hat eine Anzeige erstattet und niemand will es gewußt haben. In der Tat - in der heutigen Gesellschaft hat der Staatsanwalt Gebühr es schwer.

Die Arbeiterfrage im Grundsatzprogramm der SPD

Über dieses Thema sprach in einer von der Friedrich Ebert-Stiftung in Bergneustadt veranstalteten Arbeitswoche: "Mensch und Betrieb" vor Betriebsfunktionären Herbert Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD. Die wichtigsten Passagen sind hier auszugsweise wiedergegeben:

Mit dem Beschluß, den der Außerordentliche Parteitag in Bad Godesberg über unser Grundsatzprogramm gefaßt hat, ist ein neuer Abschnitt in Ringen unserer Partei angefangen worden. Unsere Sozialdemokratische Partei drückt mit diesem Programm aus, was sie ist und was sie erstrebt, nämlich, daß sie die Partei ist, die im Rahmen des demokratischen Staates und mit den Mitteln, die der demokratische Staat bietet, gleiches Recht für Alle durchsetzen und verwirklichen will. Durch dieses Programm sind miteinander in Einklang gebracht: das Grundgesetz der Partei und ihr tagtägliches Streben und Wirken.

Wir haben mit unserem in Bad Godesberg beschlossenen Grundsatzprogramm klargemacht, daß die sozialdemokratische Ordnung der Dinge nicht irgendwann und nicht lösgelöst von der bisherigen und überkommenen Ordnung der Dinge einmal da sein wird, so wie man häufig es im Sprachgebrauch vorfindet - "wenn wir den Sozialismus haben" -, sondern daß die sozialdemokratische Ordnung der Dinge, Schritt für Schritt und Stein für Stein, errungen und erbaut werden muß, d.h. auch, sie muß fortgesetzt behauptet und verteidigt werden. Bisher war das nicht so klar im Programm der Partei, ganz abgesehen davon, daß als Programm der Partei das zuletzt 1925, lange vor 1933, beschlossene Heidelberger Programm zu gelten hatte, das in keiner Weise den Erfahrungen, die wir in der erst nach 1925 folgenden schrecklichen Wirtschaftskrise und in der politischen Krise, die sich im Hitlerfaschismus und im zweiten Weltkrieg ausgedrückt hat, hat gerecht werden können.

Die anderen haben uns vorwiegend oder nur im Zerrbild gesehen, das der Gegner von uns verbreitet hat. Einem Zerrbild, das bei manchen Wahlen, vor allem bei Wahlen zu Gemeindeparlamenten und Länderparlamenten, etwas in seiner Auswirkung gemildert wurde durch das Vertrauen, das die Wähler dann im überschaubareren Bereich der Ordnung der Dinge sozialdemokratischen Kandidaten oder Persönlichkeiten gegenüber aufbringen konnten. Da wog dann das Zerrbild nicht so schwer, wie das, was sie im Augenschein selbst hatten erfassen, erfahren und begreifen können. Aber das Zerrbild der Gegner, mit dem wir es auch später bei unserem Programm immer wieder zu tun haben werden, von dem wir allerdings hoffen dürfen, daß unser Programm ihm stärker entgegenwirken und ihm mehr Möglichkeit, uns zu entstellen, nehmen wird, als wir bisher dazu in der Lage waren. Dieses Zerrbild hat doch vor allem das Denken der anderen um uns herum geprägt.

* * *

Das Programm ist unser Verzicht - für jeden und für jede zugänglich -, offen darzulegen, wer wir sind, was wir erstreben und aus welchen Beweggründen wir das erstreben, was wir offen vor jedermanns Augen und Ohren hinstellen. Wir legen z.B., um gleich eines der Probleme anzusprechen, das manchen Sorge macht, niemand auf eine oder gegen eine Kirche oder eine kirchliche oder religiöse Lehre fest. Weder auf noch gegen, sondern wir Sozialdemokraten, als eine politische Kampfgemeinschaft, wir bekunden mit unserem Programm unsere Toleranz, aber keineswegs bloß unsere Toleranz, sondern auch die Möglichkeit, Sozialdemokrat sein zu können, auch wenn man einer kirchlichen Gemeinschaft angehört oder angehören will.

* * *

Nun wird eingewandt, ein solches Programm, das könne ja auch von eigentlich jeder anderen Partei verkündet und verbreitet werden. Man sagt, Freiheit, um einen der Begriffe zu nennen, Menschenwürde, um einen anderen zu nennen, und vieles, was wir in unserem Programm als Grundsätze für die staatliche Ordnung stehen haben, das seien vage oder zu allgemein oder gar platte Begriffe. Man sagt außerdem, es fehle ja in diesem Programm, was vordem die Sozialdemokraten ihr Programm und ihr Wollen besonders gekennzeichnet habe, nämlich das, was man die Sozialisierung im Wirtschaftsleben nennt. Ich greife diese Einwände auf. In Bedauern, mit denen sie von mancher Seite vorgebracht werden, und in der Entrüstung, mit der sie von anderer Seite vorgebracht werden, sind die Einwände und die Anmerkungen über das Fehlen der Sozialisierung so, daß sich darin, im Bedauern und in der Entrüstung, diesmal auch der Prof. Erhard hier und die SED dort treffen, wenn auch aus verschiedenen Motiven. Das Bedauern Erhards - finde ich jedenfalls - ist so zweckbestimmt wie die Entrüstung der SED. Denn Erhard hat, wenn er es will, wissen können, daß seine Behauptung, mit der er sein Bedauern begründet, die Behauptung, bisher habe man wenigstens gewußt, was man von den Sozialdemokraten zu erwarten hatte, nämlich, wie er sagt, "Sozialisierung und Zwangswirtschaft eine erlogene Zweckbehauptung sind".

* * *

Wir sollten nicht müde werden, den uns immer wieder angehängten Begriff der Zwangswirtschaft als das zu demaskieren, was er ist, als den Versuch, nach der Methode "Haltet den Dieb" von der Tatsache abzulenken, daß wir in unserem Leben zweimal Zwangswirtschaft erlebt haben; daß sie jedesmal begann, im Jahre 1914 und im Jahre 1939, in Kriegen, für die die Sozialdemokraten, wie in keiner der Regierungen waren, nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Die Zwangswirtschaft und ihre Ausdrucksformen - von der Brotkarte über die Buttermarken bis zu den Bezugsscheinen für Kleider, Schuhwerk und alles andere waren in jedem Falle schon ausgedruckt und für die Verteilung geordnet, als der sozusagen zivile Sektor der Mobilmachung, bevor der Krieg erklärt war. Dann kam im Laufe weniger Jahre jedesmal die Katastrophe, mit von wertvollem Geld leeren Kassen, die überquollen von bedrucktem Papier, und mit den von zur Deckung der Lebensnotdurft wichtigen Stoffen geleerten Lagerhäusern, in denen nur noch Ersatz zu finden war. Wenn der Karren im Dreck war, mußten und durften die Sozialdemokraten heraa, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen und wieder Boden unter den Füßen zu schaffen. Dafür hat man sie dann, weil sie die Abwickler der von den anderen begonnenen und verhängten Zwangswirtschaft sein mußten, damit man wieder leben konnte, mit dem Brandstempel derer, die angeblich aus Keigung oder Versteiegenheit Zwangswirtschaft als ihr System betrachten, brandmarken wollen.

* * *

Ich sagte, daß das Bedauern Erhards so zweckbestimmt ist wie die Entrüstung der SED. Die SED jedenfalls ist eine Partei, für deren politische Führung jedenfalls die Sozialdemokratie nur interessant ist als der Prügelknabe, den sie unausgesetzt verantwortlich macht für dieses Versagen, für jenen Verrat. Als am Anfang der dreißiger Jahre in der Sowjetunion ein intellektueller russischer Kommunist, ein Akademiker, in einer, -wie es üblich ist - wissenschaftlich verbrämten Schrift den Nachweis zu führen versucht hatte, die Sozialdemokratie und in Sonderheit die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sei von ihrem Entstehen an nie eigentlich im Grunde genommen eine marxistische Partei gewesen, da wurde er - wahrscheinlich zu seinem eigenen Erstaunen und Erschrecken, wie auch zunächst zum Erstaunen der Öffentlichkeit, an die dieser Streit kam - von Stalin persönlich heftig zurückgewiesen. Er

wurde zurückgewiesen mit der Erklärung, wenn man die SED als eine Partei bezeichne, die auch in ihren Anfängen nicht marxistisch gewesen sei, dann könne man ihr nicht den Verrat am Marxismus vorwerfen, dessen sie schuldig sei und um den der ganze Streit in der Arbeiterbewegung gehe. Und genau das war es, was man für die kommunistische Politik braucht, einen Frögelkneben, dem man diesen Vorwurf unausgesetzt machen kann, denn das ist ein Hauptbestandteil kommunistischer Politik.

* * *

Wir messen und wir bewerten die anderen Parteien danach, wie weit sie in ihrer Praxis, dort, wo sie regieren und dort, wo sie opponieren, zurückbleiben hinter den auch von ihnen benutzten allgemein gültigen Worten Freiheit, Menschenwürde und ähnlichen Begriffen. Deswegen haben wir umgeschaltet von der in erster Linie erhobenen Anklage, daß sie das und das nicht tun oder tun; auf das Postulieren dessen, was wir für alle, für das Volk, für die Arbeitnehmer und alle Schichten für notwendig und lebensnotwendig halten. Nun mögen die anderen einmal beweisen, was sie wollen. In der Praxis ist es ja immer wieder so, daß das, was sie tun, nicht im Einklang tun mit den hohen und bei ihnen in der Wirklichkeit hohlen Worten. So sagen wir: Ihr sagt zwar Freiheit, aber ihr tut z.B. nichts, was notwendig ist, damit auch für den arbeitenden Menschen Freiheit, wirkliche sozial erfüllte gesicherte Freiheit gegeben ist. Ihr befreit ihn noch nicht einmal vor der Furcht vor Kurzarbeit, vor Feierschichten, vor einem ungesicherten Alter. Wir möchten gerne, daß ihr aus dem Lippenbekenntnis zur Freiheit auch diese notwendigen Konsequenzen zieht. Oder nach einer anderen Seite: Ihr sagt zwar Sozialismus, aber was ihr tut, ist im Widerspruch zu dem, was ihr sagt.

Auf die CDU/CSU bezogen heißt das: Während unsere Sozialdemokratische Partei für Schritte, für Reformen und für Änderungen der überkommenen Ordnung in der Richtung einer konsequenten, einer wirtschaftlich verankerten und sozial durchgeführten Demokratie - sozial durchgeführte Demokratie eintritt -, faßt die CDU/CSU Reformen, die es auch in ihren Gesetzentwürfen oder Forderungen oder Ankündigungen gibt, nur ins Auge, wenn sie und weil sie dem Zwecke dienen sollen, diejenigen an der Macht zu halten, die politisch als die Produzenten derer wirken, die über die große wirtschaftliche Macht verfügen. Das können wir in der Tat an der ganzen Skala von "Reformen" erkennen. Wir sollten diese Seite des Wirkens der CDU/CSU nicht weiter so unterschätzen wie bisher, um nicht jedes Mal von dem überrascht zu werden, was sie an sogenannten Zugeständnissen gibt. Eine Partei, die so wie diese an goldenen Ketten liegt, die muß natürlich auch, wenn sie die anderen in ihrem Rahmen halten will, bestimmte Zugeständnisse machen, schon aus Angst vor uns, schon um uns den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wir sind hier bei der uralten Frage jeder sozialistischen Arbeiterbewegung, den Menschen zum Bewußtsein zu bringen, daß das, was jene ihnen an Zugeständnissen bieten, gewähren und schenken, keineswegs aus Freiwilligkeit oder aus ihrer Neigung kommt, sondern aus der Angst davor, daß, wenn sie es nicht täten, diese sich in der Lage bewußt würden, in der sie sich befinden und der Mittel, mit denen sie diese Lage ändern können.

* * *

Was ist der Kernpunkt unseres Programms? Der Kernpunkt unseres Programms ist, eine Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten, also des Staates und der Gemeinwesen, zu schaffen, die nicht die Vorrechte jener schützt, die über die große wirtschaftliche Macht verfügen und gebieten. Das ist die Grundlage für ein Deutschland, von dem Kurt Schu-

macher kurz vor seinem Tode in einer seiner beiden letzten Niederschriften geschrieben hat, es gehe um ein Deutschland, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt. Die Grundlage für ein Deutschland, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt, ist die Erfüllung des Kernpunktes des Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei von Bad Godesberg, eine Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten, also des Staates und der Gemeinwesen, zu schaffen, die nicht die Vorrechte jener schützt, die über die große wirtschaftliche Macht verfügen und gebieten.

Die Sozialdemokratie will, das sagt dieses Programm aus, ihre historische Aufgabe erfüllen als die Partei der konsequent durchgeführten Demokratie, als die Partei, die die Angehörigen der Arbeiterklasse aus zwar inzwischen der Verfassung nach vor dem Gesetz gleichberechtigten, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung nach aber immer noch abhängigen und deshalb nicht voll gleichberechtigten, zu wirklich gleichberechtigten Staatsbürgern, macht.

Wenn man hier einwendet und behauptet, wie es von der SED geschieht und von solchen, die ihr nachbeten, das Programm sei ja nicht ein Arbeiterprogramm, so erwidern wir darauf: Es ist das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Durchsetzung des Ziels, die Arbeiter und Arbeitnehmer in den Stand zu versetzen, gleiches Recht für alle zu verwirklichen. Und hier ist der Unterschied zwischen der Sozialdemokratischen Partei und jeder anderen Partei, die immer - gleichgültig, was sie will, ob von rechts oder von links oder als angebliche Mitte - bestimmte Reservatrechte, sei es für solche, an deren goldenen Ketten sie liegen, sei es für andere, deren Sprachrohr und Werkzeuge sie sind, schützen und behaupten wollen. Hier ist der fundamentale Unterschied und bleibt es, solange es Politik gibt, zwischen der Sozialdemokratischen Partei und jeder anderen denkbaren Partei. Wenn die Sozialdemokratische Partei mit diesem Programm für die Durchsetzung des Zieles helfen will, die Arbeiter und Arbeitnehmer in Stand zu setzen, gleiches Recht für alle zu verwirklichen, dann appelliert sie dabei

- a) an den gesunden Menschenverstand bei jedem, ohne Unterschied, welcher Schicht er zugehört oder sich zurechnet,
- b) an das Interesse aller derer, die Staat und Gemeinwesen nicht als die Instrumente und als Machtgebilde zur Erhaltung und zur Erweiterung der Vorrechte jener gebraucht sehen wollen, die über die große wirtschaftliche Macht verfügen.

Allgemeines Wohl, wie wir es verstehen, ist

- a) das Wohl jedes einzelnen,
- b) das Wohl aller, was ja mehr noch ist als das Wohl jedes einzelnen, und
- c) was noch mehr ist und alles umschließt: Das Wohl des Ganzen.

Die Sozialdemokratische Partei soll auf die Geschichte der Bemühungen stolz sein, nicht um selbstzufrieden zu werden, sondern um den anderen sagen zu können: Wenn ihr wie wir ernst machen wollt damit, daß ein Deutschland entsteht, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit nach außen und innen ausschließt, dann bitte helft uns mit, daß die Sozialdemokratie nie wieder in die Lage gebracht wird, schwach zu sein, so daß sie an entscheidenden Wegkreuzungspunkten von anderen Kräften ausgeschaltet, beiseite gedrängt und dadurch der Weg freigemacht werden kann zu jenen Schrecken. Helft uns, daß die Sozialdemokratische Partei stark wird, der Faktor zu sein, der die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit nicht zuläßt und der sie ausschaltet durch die Verwirklichung dessen, was den Kerngedanken und die Kerngrundsätze unseres in Bad Godesberg beschlossenen Programms sind.